

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen. Abonnement in der Stadt vierteljährlich M. 1,35 monatlich 45 Pf. Bei allen württ. Postämtern und Boten im Orts- u. Nachbarortverkehr vierteljährlich M. 1,35, ausserhalb desselben M. 1,35, hierzu Bestellschild 30 Pf. Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verfündigungsblatt der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Engflösterle u.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pf. Auswärtige 10 Pf., die kleinspaltige Garmondzelle. Kerntexte 15 Pf., die Petitzeile. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Abonnements nach Uebereinkunft. Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

### Deutsches Reich.

#### Der Post-Kreditbrief.

Die angekündigte und demnächst zur Ausführung kommende Einrichtung des „Post-Kreditbriefes“ im Deutschen Reich war, wie der Staatssekretär des Reichspostamtes in der Reichstags-Sitzung vom 14. Februar 1913 mitteilte, bereits im Jahre 1912 in Erwägung gezogen. Nach der erneuten Anregung im Reichstag sind die Vorarbeiten entsprechend gefördert worden.

Mit der Einführung des Post-Kreditbriefes soll, wie die Reichspostzeitung mitteilt, das Post-Bankwesen beträchtlich erweitert werden. Das private Bankwesen kennt den Kreditbrief seit alten Zeiten. Eine Ausnützung dieser Einrichtung war aber in umfangreicher Weise nicht möglich, da in den kleineren Orten und auf dem Lande die vermittelnden Banken fehlen. Hier will der Post-Kreditbrief einsteigen, da dieser als Verkehrsmittel in jedem Orte möglich wird, in welchem sich mindestens eine Postagentur befindet.

Für die Einrichtung fand man ein Vorbild in Italien, das den Kreditbrief bereits früher einführt. Doch hat er sich dort bisher nicht recht zur Geltung bringen können. In Italien können Beträge bis zu 5000 Lire eingezahlt und in Teilbeträgen von mindestens 50 Lire bei allen Postanstalten abgehoben werden. Die Gebühren sind mäßig. Sie betragen 25 Centesimi bis 500 Lire, 50 Centesimi für 1000 Lire, und 25 Centesimi für jede weiteren 1000 Lire. Die Kreditbriefe werden auf den Namen des Inhabers ausgefertigt, sind nicht übertragbar und haben eine Geltungsdauer von vier Monaten.

Das deutsche Post-Kreditwesen wird in verschiedenen Punkten dem italienischen nachgebildet. Der Höchstbetrag soll auf 3000 M. lauten, ebenso wird die Geltungsdauer etwa der italienischen entsprechen. Es ist geplant, die Kreditbriefe durch die Postämter ausfertigen zu lassen. Die Rückzahlungen müssen eine durch 50 teilbare Summe ergeben. Jede deutsche Postanstalt wird befugt sein, Beträge auf Post-Kreditbriefe auszugeben.

Die Kreditbriefe werden in Form von 12 1/2 Zentimeter großen Heften ausgegeben, mit 10 Quittungsformularen. Jede Quittung darf über 50 bis 1000 M. lauten. An Gebühren, die im mäßigen Umlaufe festgesetzt werden, erhebt die Reichspost eine Ausfertigungsgebühr, Rückzahlungsgebühren und eine Gebühr für die Zahlkarte.

#### Die Konzession im Schanngewerbe.

Die wiederholt schon angekündigte reichsgesetzliche Neuordnung des Konzessions- und Ueberwachungswesens und des Schanngewerbes und Vergnügungsbetrieben niedrigeren Ranges ist nunmehr, in einem Gesetzentwurf durch-

geführt, der bereits die Zustimmung des Bundesrats erhalten hat und demnächst dem Reichstag zugehen wird. Ueber den Inhalt der Vorlage können folgende Mitteilungen gemacht werden: Die Konzessionierung neuer Schanngewerbetrieben, auch solcher, die alkoholfreie Getränke abgeben, soll allgemein von dem Nachweis eines wirklich vorhandenen Bedürfnisses abhängig gemacht werden. Während bisher die Landesregierungen und Gemeinden durch Gesetze und Verordnungen diesen Nachweis schon fordern konnten, sollen sie ihn in Zukunft allgemein fordern müssen. Gleichzeitig werden auch erhöhte Anforderungen an die Zuverlässigkeit derjenigen Personen gestellt, die die Erlaubnis zum Gewerbebetrieb nachsuchen. Schon der durch vorliegende Tatsachen hervorgerufene Verdacht mangelnder Zuverlässigkeit soll in Zukunft zur Konzessionsverweigerung genügen. Die Einstellung von Kellnerinnen soll nicht glatt verboten werden, weil viele solide Arbeiterinnen in der Stellung des weiblichen Personals tatsächlich ein großer ist. Wohl aber wird den Einzelkaufen der Erlöse einschränkender Vorschriften über die Zulassung, Beschäftigung und Entlohnung der weiblichen Schanngewerbetriebe anheimgegeben, um offene Mißstände auf diesem Gebiet beseitigen zu können. In den Kreisen der zu überwachenden Schanngewerbe sollen neben den Vergnügungsbetrieben niedrigeren Ranges, bei denen der Kneipenbetrieb und Alkoholkonsum an erster Stelle steht, auch die Kineamatographentheater einbezogen werden. Schärfer soll auch gegen die lärmenden Musikautomaten zahlreicher Kneipen vorgegangen werden. Die sog. „kleine Musik“ wird auch in Zukunft konzessionsfrei bleiben; die Orchestermusik und die Automatenkonzerte aber können in Zukunft verboten werden, und zwar nicht nur in Gast- und Schanngewerbetrieben, sondern auch „an anderen öffentlichen Orten“, wo sie Anstoß erregen. Auch die lärmvollen Rummel- und Turplätze werden nach dem Gesetzentwurf besonderen Beschränkungen unterworfen werden können, denen sie bisher zum Entsetzen der Anwohner nicht unterstellt werden konnten. Ebenso kann schärfer gegen Musikaufführungen „von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen“ vorgegangen werden, die sich in den größeren Städten ebenfalls schon lange zu einer Plage der Menschheit herausgebildet haben.

#### Reichstagsstichwahl in Offenburger-Kehl: der Zentrumsmann gewählt.

Bei der Stichwahl im 7. badischen Reichstagswahlkreis Offenburger-Kehl erhielt der nationalliberale Kandidat Stadtrat Kölsch 13 060 Stimmen und der Zentrumskandidat Abg. Dr. Wirth 13 137 Stimmen. Somit ist Dr. Wirth mit 87 Stimmen Mehrheit gewählt. Bei der Haupt-

wahl am 8. Februar hatte bei einer Wahlbeteiligung von 91,02 Prozent erhalten Stadtrat Kölsch 9616, Geiler (Soz.) 3032, Wirth 12 259. Die Sozialdemokratie hatte Patole für Kölsch ausgegeben. Bei der Wahl am 12. Januar 1912 war Kölsch mit 12 712 gegen 12 704 Zentrumsstimmen gewählt worden. Diesesmal betrug die Wahlbeteiligung 96,7 Prozent. Und zwar haben die Liberalen und Sozialdemokraten zusammen 402 Stimmen mehr gegenüber der Hauptwahl erhalten, das Zentrum aber brachte noch weitere 878 Stimmen auf. So hat sich das Jünglein des Wahlsieges ein wenig zu Gunsten des Zentrums geneigt, und das ist in einem Wahlkreis, wo die Kräfte zur Linken und zur Rechten ungefähr gleich stark sind, keine besondere Ueberraschung.

#### Neue D-Jüge zwischen Berlin und Stuttgart.

Die Berliner „Nat.-Ztg.“ schreibt: Am 1. Mai wird der langentbehrte brauchbare Tages Schnellzug Berlin-Stuttgart eingerichtet werden. Die beteiligten Verwaltungen sind sechsen endgültig übereingekommen, Jüge von der Art einzurichten, wie sie von Berlin nach München, Frankfurt, Köln, Königsberg, Breslau usw. seit den letzten Jahren verkehren. Die neuen Jüge erhalten nur die aller-nötigsten Aufenthalte, so daß man in 10 Stunden von Berlin nach Stuttgart gelangen wird. Der eine Zug wird Berlin kurz vor 8 Uhr morgens verlassen und schon vor 6 Uhr abends in Stuttgart eintreffen.

Marlsruhe, 16. Febr. Prinzessin Wilhelm von Baden, die Mutter des badischen Thronfolgers, ist heute früh gestorben.

Heidelberg, 14. Febr. Der kürzlich verstorbenen frühere Kaufmann Jakob Landfried hat eine Stiftung von 100 000 Mark errichtet, deren Zinsen so lange dem Kapital zugeschlagen werden sollen, bis der Betrag von 250 000 Mark erreicht ist. Die Zinsen dieses Kapitals sollen dann zum Teil zur Unterstützung von Kaufleuten und kaufmännischen Angestellten in Heidelberg, von Gemeinde-, Staats- oder Privatbeamten, die ohne ihr Verschulden in ihren Vermögensverhältnissen zurückgefallen sind, verwendet werden.

Berlin, 14. Febr. Das Reichsgesundheitsamt beschäftigt sich, wie die „Deutsche Zeitung“ meldet, mit der Frage der Salvarianantodese (bisher etwa 275), der Salvarianerbindungen und der Salvarianvergiftungen. Im Einverständnis mit dem Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes hat jetzt der Syphilis-Spezialist Dr. Drews in Berlin dem Amte eine Denkschrift überreicht, in der angeführt wird, daß die Gefahr für Leben und Gesundheit im öffentlichen Interesse von Reich wegen ein Verbot von Ehrlich-Data 606 oder die Anwendung in einer Dosis, die die staatliche Arsen-Maximaldosis nicht überschreitet, verlangt wird.

Was' nicht das Auge schauen kann,  
Die Sonne kann' es nie erblicken;  
Was' nicht in uns der Gottes eigene Kraft,  
Wie könnt' uns Götliches entzünden?  
Goethe.

### Durch eigene Kraft.

Von Otto Elster.

Traumhaft verhalte der Ton der silbernen Glöckchen in dem schweigenden Walde.  
„Weshalb fahren Sie nicht rascher?“ fragte Rosa nach einer Weile.

„Ich glaube, Ihr Herr Vater wird es nicht gern sehen, wenn wir so allein dahinfahren,“ entgegnete er mit härterer Stimme, als er beabsichtigt hatte. „Wir dürfen uns nicht von der Gesellschaft trennen.“

Da schluchzte sie plötzlich auf und schlug die Hände vor das Gesicht.

„Was ist Ihnen, Fräulein Rosa?“ fragte er besorgt.

„Da Sie unsere tolle Fahrt so erschreckt?“

„Ich wollte, der Schlitten wäre in einen Abgrund gestürzt,“ rief sie leidenschaftlich.

„Fräulein Rosa...?“

Da lehnte sie den Kopf an seine Schulter und weinte schluchzend. Herbert wußte nicht, was er tun sollte; ihm tat das arme Kind furchtbar leid, das ihm so rüchaltlos sein Herz offenbart hatte. Und in der Tat — einen Augenblick schloß der Gedanke durch seinen Kopf, daß ihm hier das Glück winkte, und eine verführerische Stimme in seinem Herzen lockte: „Weißt du! Das Glück sitzt an deiner Seite! Nimm es in die Arme! Dann hat alle Not und Sorge des Lebens ein Ende.“

Doch da stieg das erste, traurige, blasse Gesicht Elsters vor seiner Seele empor! Da mahnte eine andere erstere Stimme: „Bleibe ehrlich! Bleibe dir selbst getreu! Verstecke dein Leben nicht mit einer Lüge, die dich und das Mädchen an deiner Seite unglücklich machen muß!“ Und vor dieser ersten Mahnung verstummte die lockende Stimme. Er zwang sich zur Ruhe.

„Seien Sie verständig, Fräulein Rosa,“ sprach er sanft.

„Wir wollen gute Freunde bleiben.“

„Weshalb sind Sie so hart, so häßlich zu mir?“

Schluchzte sie und umklammerte seinen Arm mit ihren kleinen Händen.

„Ich bin nicht hart und gewiß nicht häßlich zu Ihnen, Fräulein Rosa,“ sagte er ernst. „Im Gegenteil — ich möchte recht gut und freundlich zu Ihnen sprechen, wie ein treuer Freund, wie ein Bruder.“

„Sie schluchzte von neuem auf und presste ihr Gesicht an seine Schulter.“

„Ich bin Ihnen sehr, sehr dankbar für die Güte, die Sie mir entgegenbringen,“ fuhr er fort. „Ich werde diese Ihre Güte niemals vergessen — aber nun müssen Sie auch verständig sein. Wie ein Bruder will ich Sie lieb haben, Rosa — weiter kann ich Ihnen ja nichts sein.“

„Weshalb kann es nicht sein?“ flüsterte sie kaum hörbar.

„Weil ich Sie glücklich zu sehen wünsche,“ entgegnete er. „Sie verdienen es, daß eines Mannes Herz Ihnen ganz und ungeteilt gehört. Oder würden Sie mit einem Manne glücklich werden können, dessen Herz — nun ja, dessen Herz einer anderen gehört.“

„Elle Martini?“ fuhr sie auf.

Er nickte stumm mit dem Kopfe.

Sie ließ seinen Arm los und richtete sich kraff in die Höhe.

„Verzeihen Sie mir,“ sagte sie, noch mit den Tränen kämpfend, wie ein Kind, dessen Spielzeug zerbrochen. „Ich war ein törichtes Kind — ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen und — und vergeffen Sie, was ich gesagt habe — vergeffen Sie diese Stunde.“

„Nein, Fräulein Rosa, ich werde sie nie vergessen,“ entgegnete er sanft. „Ich werde sie im Gegenteil stets in der Erinnerung behalten — ich werde stets voll innigen Dankes ihrer Gedanken, wo sich mir Ihr Herz so voll Vertrauen und Güte offenbart hat. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen, Rosa — und lassen Sie uns Freunde bleiben.“

„Ich weiß nicht, ob ich es vermag,“ sagte sie leise.

„Sie werden es können, Rosa, denn Sie sind edel und gut.“

„Mich selbst,“ flüsterte sie und hüllte sich fester in ihre Decke. „Fahren Sie rascher oder noch besser, geben Sie mir die Jagel wieder.“

„Nein, sagen Sie mir zuerst, daß Sie mir nicht zürnen.“

„Ich habe kein Recht dazu, Ihnen zu zürnen.“

In diesen Augenblicken bog der Schlitten Alberts um die letzte Windung des Weges. Die Pferde kamen in raschem Laufe daher. In wenigen Minuten hatte Albert den Schlitten Herberts eingeholt, der die Pferde angehalten hatte.

„Hallo!“ rief der junge Offizier. „Da seid Ihr ja! Wir glaubten schon, es sei ein Unglück geschehen.“

„Ach nein,“ sagte Rosa, und es zuckte ein bitteres Lächeln um ihre Lippen. „Derr Hammer ist sehr geschickt und vorsichtig.“

„Nun denn vorwärts!“ rief Albert.

„Halt,“ entgegnete Rosa. „Ich möchte aussteigen. Habt Ihr noch Platz in Eurem Schlitten?“

„Gewiß — aber weshalb willst Du denn...?“

Doch Rosa ließ ihren Bruder nicht ausprechen. Sie warf die Pelzdecke ab und sprang aus dem Schlitten und sah im nächsten Augenblick zwischen den beiden jungen Mädchen im Schlitten ihres Bruders, wo sie mit Lachen und Scherzen begrüßt wurde.

„Will eine der beiden Damen mit Herrn Hammer fahren?“ fragte Albert, der die Unhöflichkeit Rosas gegen Herbert gut machen wollte.

„Verzeihung,“ nahm Herbert rasch das Wort. „Ich muß leider nach Wendhausen zurückkehren; an dem Gesichter ist etwas in Unordnung geraten.“

„Aber Sie kommen doch nach?“ fragte Albert.

„Ja — vielleicht...“

„Vorwärts!“ rief Rosa und verfehlte den Pferden mit der Peitsche, die sie ergriffen hatte, einen Schlag.

Herbert ließ den Schlitten Alberts vorbeifahren. Dann folgte er langsam nach. Hinter ihm ertönte die Musik und das Schellengeläut der anderen Schlitten. — Da bog er in einen Seitenweg ein, der tief verschneit war und dessen überhängende Tannenzweige ihn in wenigen Minuten den Augen der Gesellschaft entzogen.

Langsam fuhr er dahin, die Pferde, welche fast bis an die Knie in den Schnee versanken, schnaufte und der Dampf stieg von ihren erhitzten Leibern auf. Die Schellen klingelten leise, kaum hörbar; in Gedanken verirrten sich Herbert da und achte kaum auf den Weg, den die Pferde stampfend und schnaubend verfolgten.

Er dämmerte bereits, als er Wendhausen wieder erreichte. Er dachte nicht daran, zu der fröhlichen Gesellschaft im Gasthaus „Zur Tanne“ zurückzukehren.

Fortsetzung folgt.



# Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 14. Februar 1914.

Im Bundesratssitzung: Dr. Delbrück, Dr. Bischoff.  
Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 10 1/4 Uhr.

Die von den Rechtsanwälten Dr. Cannedt und Dr. Friedländer nachgesuchte Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen den Abgeordneten Dr. Baasche wegen Verleumdung wird gemäß dem Antrage der Geschäftsordnungskommission verweigert.

Das Haus fährt darauf in der Spezialberatung des Staats für das Reichsamt des Innern fort. Die Erörterung bei den Ausgaben für das Aufsichtsamt für Privatversicherung war gestern beschlossen, die Abstimmung aber auf heute verschoben worden. In der Abstimmung gelangen nunmehr die Resolutionen Dr. Doormann und Genossen, welche die Unterstellung der öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmungen, die ihren Betrieb über mehr als einen Bundesstaat oder eine Provinz ausdehnen, unter das Reichsaufsichtsamt verlangen, bzw. wenn dies unzulässig ist, den Reichsanwalt ersuchen, dafür zu sorgen, daß diese Versicherungsunternehmungen bei ihrer Propaganda die vom Aufsichtsamt aufgestellten Grundsätze beobachten, gegen die Stimmen der beiden Parteien der Rechten zur Annahme. Die Ausgaben für das Aufsichtsamt werden bewilligt. Der Besoldungssatz für das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte wird nach dem Etatsentwurf festgestellt.

Das Haus wendet sich hierauf zu den einmaligen Ausgaben im Etat für das Reichsamt des Innern.

Beim Titel Förderung einer internationalen Bibliographie für Sozialwissenschaften begrüßt

Abg. Dr. Meißner (Str.) den Beschluß der Budgetkommission, 400 Exemplare dieser Bibliographie für die Abgeordneten abzugeben zu wollen.

Die Abgg. Dr. Detmann (Natl.) und Dove (Hortfchr. Bpt.) schlossen sich dem Vorredner an, vermissen aber bei dem betreffenden Werk ein Autorenverzeichnis.

Beim Titel Förderung der Bekämpfung des Typhus 150 000 Mark forderte

Abg. König (Soz.) eine intensivere Bekämpfung der Bakterien. Die schlechten Ernährungsverhältnisse des Volkes böten der Ausbreitung der Seuche einen guten Boden. Die Untersuchungsanstalten müßten erheblich vermehrt werden. Auch durch Milchverfälschung werde die Weiterverbreitung des Typhus gefördert, die Schaffung eines Reichsgesetzes sei nötig. Der Redner verbreitete sich dann ausführlich über die durch die fortschreitende Industrialisierung herbeigeführte Verfeinerung der Milche, insbesondere der Ruhr, welche durch ihre Veräuflichung eine ständige Gefahr für die Bevölkerung zu werden beginne. Die Emscher-Regulierung habe die Epidemien in Dortmund u. a. nicht verhindern können. Das Reich sei verpflichtet, hier einzugreifen. Das Reich müsse das private bakteriologische Untersuchungsamt in Dortmund aus seinen Mitteln unterstützen, damit die Bekämpfung dieser Volksseuche wirksam erfolgen könne.

Direktor von Jonaudres: Nach dem Seuchengefähr ist die Typhusbekämpfung Landesache. Die Verhältnisse im Ruhrgebiete zu kontrollieren, ist das Reich nicht in der Lage. Die Vorwürfe, die der Redner gegen die preussische Regierung wegen mangelnder Beaufsichtigung erhoben hat, habe ich zurückzuweisen; wir werden übrigens der Sache nachgehen und ermitteln, wie es sich mit aufgestellten Behauptungen verhält.

Für die Herausgabe des Deutschen Handwerksblattes ist wie im Vorjahr ein Beitrag von 10 000 Mark ausgesetzt.

Abg. Brähne (Soz.): Nicht wir sind es, die das Handwerk ruinieren, sondern es ist das Großkapital und die großkapitalistische Produktionsweise.

Die Position wird bewilligt, ebenso ohne Debatte die neu in den Etat eingestellte einmalige Förderung von 50 000 Mark für Versuche zur weiteren Bekämpfung der Seuche.

Bei dem um 2000 Mark auf 6000 Mark erhöhten Beitrag für den Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsanwaltsstellen bemerkt

Abg. Schiffer (Natl.): Die Erhöhung der vorliegenden Position um 2000 Mark ist viel zu gering. Der Mittelstand ist am meisten Lücken ausgesetzt. Der kleine Mann läßt sich durch Vorpiegelungen verleiten, sein Geld in schwindelhaften Unternehmungen zu stecken. Die Schwindeldelusen kann nur in zentralisierter Form entgegengetreten werden durch eine Sammelstelle, die Auskunft gibt über die Schwindeldelusen. Das geschieht durch den hier in Rede stehenden Verband. Man sollte den Beitrag erheblich vermehren.

Ministerialdirektor Dr. Lemald: In den letzten Jahren hat ständig eine Erhöhung dieses Titels stattgefunden. Wir werden prüfen, ob es möglich sein wird, die Position entsprechend zu erhöhen. Der Verband wird auch vom preussischen Handelsminister unterstützt.

Die Forderung von 46 000 Mark als erste Rate des auf 200 000 Mark bemessenen Reichsbeitrags zu den Kosten der

Vorbereitung und Durchführung der Olympischen Spiele in Berlin 1916 hatte die Budgetkommission gestrichelt.

Von den Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und den Deutschkonservativen ist die Bewilligung der Forderung beantragt.

Abg. Kühle (Soz.): Würden die Olympischen Spiele lediglich dem Sport, der Körperkultur und Gesundheitspflege dienen, so würden wir die Summe bewilligen. Diese Summe soll aber lediglich an nationale deutsche Turner- und Sportkreise gegeben werden. Die Arbeiterturnvereine sollen aber ausgeschlossen sein. Bei den Turn- und Sportvereinen handelt es sich nicht mehr um die körperliche Erziehung, sondern um Aufstellung von Rekorden. Die Arbeitervereine haben sich vor dieser ungelunden Entwicklung zu bewahren gesucht. Sie sind keine politischen Vereine; sie werden aber bedrängt, weil man an der dort bestehenden Gesinnung Anstoß nimmt. Dadurch werden die Olympischen Spiele eine politische Angelegenheit; und das ist Grund genug für uns, die Bewilligung der Summe abzulehnen.

Abg. Stoene (Natl.): Gerade die Beteiligung an den Olympischen Spielen legt eine freibeitliche und nationale Gesinnung im weitesten Sinne des Wortes voraus. (Lachen bei den Soz.) Es handelt sich um keine große Summe, außerdem haben wir eine

Pflicht gegenüber dem Auslande zu erfüllen. Ich erinnere an die gastfreundliche Aufnahme in Schweden. Wir dürfen es darum nicht veräumen, Gastgeber für andere Nationen zu sein. Wir wollen nur für die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes sorgen, daß unsere Jugend ein starkes Geschlecht wird. Es dürfte sich jedoch

empfehlen, die Abstimmung erst am Dienstag vorzunehmen. (Beifall.)

Abg. von Nafow (Natl.): Der Begründung der Vorlage der Regierung brauchte man eigentlich kein Wort hinzuzufügen. Es ist deshalb beantragt worden, die Position wieder herzustellen. Man wird sehr bald erkennen, welche ungeheuren Wert die körperliche Ausbildung hat. Das haben die anderen Nationen auch erkannt und sind deshalb auf die Olympischen Spiele zurückgekommen, die zum ersten Male in Athen stattgefunden haben. 1916 werden alle Nationen der Welt ihr bestes Material hierherführen, und unsere Jugend wird Gelegenheit haben, damit in Wettbewerb zu treten und hoffentlich die Siegespalme erringen. Wir wollen doch nicht einfach Kostgänger von anderen Nationen sein und bei anderen Nationen nachhaken. (Heiterkeit.) Man würde im Auslande eine Ablehnung nicht verstehen. Der Reichstag würde höchstens von neuem seine Zerfahrenheit dokumentieren. Die deutsche Jugend bedarf dringend der körperlichen Ausbildung, sie darf nicht im einseitigen Wissen erzogen werden, es muß in ihr bei aller realistischen und humanistischen Gelehrsamkeit der Wille gestärkt und die körperliche Ausbildung gefördert werden. Ich hoffe, daß der Reichstag unsere Anträge einstimmig annehmen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Hortfchr. Bpt.): Es hat tatsächlich im Inlande und Auslande peinliches Aufsehen erregt, daß die Kommissionsmehrheit den hier geforderten kleinen Betrag abgelehnt hat. Man sollte auch meinen, die Sache lasse sich ohne jede parteipolitische Nuance behandeln. Aber ich bedauere in allerhöchstem Maße, daß es keinem geringeren als dem Präsidenten des Reichsausschusses für die olympischen Spiele gelungen ist, noch im letzten Moment durch seine merkwürdigen Äußerungen das Unternehmen, das er betreibt, zu schädigen. (Zustimmung im Zentrum; Juraus rechts.) Der Herr hat den Reichstag mit Peter Schlemihl verglichen, der über seinen eigenen Schatten springt. Ich möchte die Regierung bitten, daß sie den Präsidenten des Reichsausschusses etwas an die Hand nehmen, daß er ein solches Verfahren nicht beobachtet. Ich finde es sehr bedauerlich, daß auch an dieser Stelle der Geist des traurigen Separatismus auftritt. Der unter ganzes deutsches geistiges und kulturelles Leben, der Geist des politischen und konfessionellen Separatismus, Unpatriotismus ist die kleinliche Nabelstichpolitik gegen die Arbeiterturnvereine Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie, und diese Politik muß auch von uns mißbilligt werden; daß sie wirkungslos bleiben muß, beweist ja Süddeutschland. Aber ich möchte auch protestieren gegen die Angriffe, welche der sozialdemokratische Redner heute gegen die deutsche Turnerschaft richtete, als ob die Gesinnungslosigkeit als Tugend angesehen wird; das ist ein ungeheurer Vorwurf, den wir mit aller Energie zurückweisen müssen. Es handelt sich hier einmal um eine Frage der internationalen Courtoisie. Von 1896 an haben wir die Gastfreundschaft fremder Nationen genossen. Eine solche Betankung muß auch ein großes reiches Volk wie das deutsche übernehmen. Unsere deutsche turnerische Eigenart ist wert geschätzt zu werden, sie wird geschätzt in der ganzen Welt, unser altes friedericianisches Schulturnen erregt die Bewunderung der ganzen Welt, es kann kaum besseres geben. Die ganze deutsche Turnerschaft hat die moderne leichtathletische Bewegung mitgemacht. Es muß also Billid des Reichsausschusses und der beteiligten Behörden sein, einer bedenkliden Entwicklung unseres ganzen Turn- und Sportwesens in Deutschland energisch entgegenzutreten. Es wäre grandverfehlt, zu glauben, daß Gipfelleistungen bei Olympia Selbstzweck wären (Zustimmung); sie sind nur Mittel zum Zweck. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch der schweren Klage der deutschen Turnerschaft Ausdruck geben über ihre Behandlung. Es ist mir gesagt worden, daß in dem Wettkampfausschuß die deutsche Turnerschaft nur einen einzigen Vertreter hat. Bei einer derartigen internationalen Angelegenheit müssen alle Volkskreise vertreten sein. Ich muß Verwahrung einlegen, daß man etwa eine konfessionelle oder politische Trennung vornimmt. Wir lesen ja in der Presse, daß das Reich als solches sich der Sache annimmt. Für die körperliche Erziehung des Volkes zu sorgen, ist das, was wir uns selbst bei der Wehrvorlage gelobt haben. (Beifall links.)

Ministerialdirektor Dr. Lemald: Namens der Verbündeten Regierung kann ich die Annahme des von drei großen Parteien auf Wiederherstellung der Position gestellten Antrages nur auf das wärmste und dringendste befürworten. Die Gründe dafür sind bereits dargelegt worden. Ich möchte aber einen Gesichtspunkt noch besonders hervorheben. Es handelt sich bei der Förderung der Olympischen Spiele nicht um eine einseitige Erziehungsfrage, sondern um die Förderung einer kulturellen Tat, um die Förderung der ganzen körperlichen Betätigung, der körperlichen Ausbildung, der Liebe zur Natur. Ich möchte hier an einen Vorgang erinnern, der sich auch bei diesem Kapitel vor 15 Jahren abgespielt hat. Es handelte sich damals um eine Forderung für einen rein wissenschaftlichen Zweck. Die Mitglieder des Zentrums waren dagegen. Es wurde darauf hingewiesen, daß es sich um eine einzelstaatliche Frage handele, so hieß es in der Kommission. Am nächsten Tage sagte ein Mitglied dieser Partei: Anwendungen für Kunst und Wissenschaft von Seiten des Reiches sind immer da am Platze, wo es sich darum handelt, deutsche Kunst und Wissenschaft im Auslande zu repräsentieren. Nun glaube ich meinerseits, daß es sich hier in diesem Falle unzweifelhaft um eine Repräsentation dem Auslande gegenüber handelt. Wir sind bisher in dieser Sache sehr sparsam gewesen. Das war vielleicht ein Fehler. Vielleicht sind unsere mangelhaften Erfolge bei den bisherigen Olympischen Spielen auf unsere geringe Unterstützung zurückzuführen, und vielleicht hätten wir besser getan, wenn wir dem Beispiel Frankreichs gefolgt wären, das in einem Gehalt von 100 000 Francs für die Olympischen Spiele in Stockholm zur Verfügung gestellt hatte. Wir haben unsererseits nur bescheidene Mittel zur Verfügung gestellt. Wir stehen einer internationalen Pflicht gegenüber, und es handelt sich unzweifelhaft um die Vertretung dem Auslande gegenüber. Wir sind sechs mal zu Gast gewesen, wir haben uns beständig einladen lassen. (Zustimmung.) Was schließlich für den Einzelnen gilt, daß er sich nicht immer einladen läßt, sondern auch selber einläßt, das gilt unzweifelhaft auch für eine ganze Nation. Es kann auch nicht allein maßgebend sein, daß sich schließlich in Deutschland auch durch Privatsammlungen Mittel finden. Nein, es ist gerade die Aufgabe der Verbündeten Regierungen zusammen mit der Vertretung des deutschen Volkes anzuerkennen, daß die Gastfreundschaft erwidert werden muß. Das ist für die repräsentative Wirkung von großer allgemeiner Bedeutung. Eine solche Beihilfe ist unzweifelhaft notwendig. Es handelt sich hier um Zwecke, deren Förderung und Durchführung über die Grenzen und Mittel eines Einzelstaates hinausgeht. Der Sport als solcher ist im Deutschen Reich nicht irgendwie geschieden durch Landesgrenzen, sondern es geht ein gewisser demokratischer Zug durch alle Schichten. (Heiterkeit im Zentrum. Juraus: Das ist gefährlich! — Erneute Heiterkeit.) Der Gesichtspunkt, von dem ich vorhin sprach, war von keinem anderen, als von dem Freiberger v. Hertina aufgestellt wor-

den. Er sagte wir haben allerdings gefürnt in der Kommission gegen die Position gestimmt, aber wir haben uns überzeugt, daß dieser Gesichtspunkt, wie ich ihn formuliert habe, zur Bewilligung führen muß. Er hat dann mit seiner ganzen Fraktion für die Forderung gestimmt. Ich glaube, daß dieser selbe Gesichtspunkt auch heute keine politischen Freunde veranlassen müßte, der gegenwärtigen Forderung die Zustimmung zu geben. Man hat dann gewisse Bedenken gegen die Unterstüttung daraus hergeleitet, daß einseitige Rekordleistungen gemacht würden. Wenn die deutschen Mannschaften nicht besonders feinhalt hervorgegangen sind, so liegt das daran, daß den Spielen in der Hauptstadt die Spielregeln des gastgebenden Landes zugrunde gelegt werden. Auf das Komitee können wir nur Einfluß gewinnen, wenn wir auch eine offene Fackel beweisen. Wenn unsere Spiele auch nicht die Bedeutung der Olympiaden des Altertums gewinnen werden, so schlingen sie doch auch ein humanitäres Band um alle Völker. Wie der Reichstag vor 20 Jahren die Mittel bewilligt hat, damit das antike Olympia auf seinem Schutt wieder erstehe, so sollte er auch für das erste deutsche Olympia die Mittel nicht verweigern. (Beifall.)

Abg. Merin (Npl.): Ob es der Regierung gelingen wird, Herrn v. Roddieski an die Hand zu nehmen, ist mir zweifelhaft. (Heiterkeit.) Auf unsere sachliche Entscheidung kann die Äußerung dieses Herrn keinen Einfluß haben. Aber den Beschluß der Reichstagskommission entstand ein erhebliches Kopfstütteln im Volke, dieses würde noch stärker werden, wenn das Plenum den Betrag ablehnen würde. Mit aller Entrüstung weise ich die Verdächtigung des Abg. Kühle zurück, der der deutschen Turnerschaft Unwiederum und Denunziationsucht vorwirft. Die Sozialdemokraten sind Gegner der Olympiade, weil dabei nicht eine verwandte Internationale zum Vorschein kommt, wie auf den Sozialdemokraten, wo jeder gern vergißt, daß er ein Deutscher ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Bruhn (D. Repr.): Würde der Beitrag abgelehnt, so würden wir dem Ansehen Deutschlands schweren Schaden zufügen.

Abg. Hansen (Däne): Ich stimme gegen den Beitrag, da gegen die nordfriesischen Turnvereine scharf vorgegangen wird und diese lahm gelegt werden dadurch, daß sie an Privatschulen unter die Schulaufsicht gestellt werden. (Beifall bei den Soz.)

Vizepräsident Dove: Sie schweifen von dem Gegenstand der Verhandlung ab. Sie wollen hier Ihre Abstimmung rechtfertigen. Aber, was Sie bisher ausgeführt haben, gehört nicht hierher.

Abg. Hansen (fortfahrend): Ich bin kein Gegner der Olympischen Spiele. Aber um gegen die geschädigten kleinen und kulturwidrigen Vorkommenisse zu protestieren, werde ich dagegen stimmen.

Abg. Meine (Soz.): Es tut uns leid, gegen die Förderung eines großen Kulturwerkes stimmen zu müssen. Für die Arbeiterklassen ist das Turnen wichtiger als für die Besitzenden. Und wir wünschen, daß der traurige Separatismus verschwinde. Die deutsche Turnerschaft nimmt bei jeder Gelegenheit gegen die Arbeiterturnvereine Stellung. Das Stadion soll jetzt ja auch den Arbeiterturnvereinen zur Verfügung gestellt werden; vielleicht mit Rücksicht auf diese Staatsbewilligung. (Hört hört!) Doch Herr von Roddieski entgleist, sind wir gewohnt, zweifellos aber hat er um das Entleben des Stadions große Verdienste. Laden wir unsere ausländischen Sportfreunde ein, so werden sie von der Politik wieder hinausgeworfen.

Damit schloß die Debatte.

Die Abstimmung wird Dienstag vorgenommen werden. Nach kurzer unerheblicher Debatte wurde der Rest des Etats bewilligt. Aber die noch ausstehenden Resolutionen zum Gehalt des Staatssekretärs wird Dienstag abgestimmt werden.

Darauf wurde der Gesetzentwurf über die weitere Bestellung von Hilfsmitgliedern im Kaiserlichen Patentamt in erster, zweiter und gleich darauf auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Darauf vertagte sich das Haus. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. Zufizetat.

Schluß 2 Uhr.

## Ausland.

Rio de Janeiro, 15. Febr. Das deutsche Gesandtschaftsmitglied von einer brasilianischen Division, heute unter dem Salut der Festungsgeschütze in die Bai von Rio de Janeiro eingelaufen.

## Württemberg.

### Dienstnachrichten.

Vom Evangelischen Oberlehreramt ist je eine ständige Vertretung in Oberboihingen, O. Röttingen, dem Hauptlehrer Ross in Wollschlagen deselben Oberamts, Credbach, O. Freudenstadt, dem Schulaufsichtsrat Gotthilf Weber in Ecklingen O. Blaubeuren, Röttingen, O. Rottweil, dem Unterlehrer Karl Staiger in Friedenhausen, O. Röttingen, Schweningen, O. Rottweil, an der Mittelschule dem Hauptlehrer Dänzer daselbst, an der Volksschule den Unterlehrern Hermann Kapp in Ehlingen, Adolf Lang in Stuttgart-Gablenberg und Erwin Raier in Cannstatt, Schmie, O. Maulbronn, dem Hauptlehrer Böchner in Rappenhof, O. Dörtingen, übertragen worden.

## Württembergischer Landtag.

### Zweite Kammer.

Stuttgart, 14. Febr.

Präsident v. Kraut eröffnete die Sitzung um 9 1/4 Uhr. Es wird in der Beratung des Körperschaftsbeamtenengesetzes bei Art. 28 fortgefahren. Berichtspräsident ist der Abg. Hartenstein (Rp.). Der Artikel regelt die Verjüngung der Beamten im Krankheitsfall. Nach dem Entwurf sollen die Stellvertretungskosten den Körperschaften zu. Die Beamten beziehen ihren Gehalt weiter. Der Ausschuss beschloß, daß eine Körperschaft, die die Beiträge zur reichsgesetzlichen Krankenversicherung ganz entrichtet, berechtigt ist, das Krankengeld vom Gehalt abzuziehen. Vom 6. Monat ab hat die Pensionskasse die Hälfte des regulären Gehalts aufzubringen. Dauert die Krankheit länger als ein Jahr, so müssen die Beamten und Unterbeamten für die Stellvertretungskosten bis zu einem Drittel des regulären Gehalts aufkommen.

Koth (Rp.): Nach diesen Bestimmungen werden in Zukunft die Körperschaften alle darauf sein, das Krankengeld ganz zu entrichten. Es wäre besser gewesen, den Regierungsentwurf, beizubehalten. Er beantragt eine Resolution, in der die Regierung ersucht wird, die Körperschaften darauf hinzuweisen, daß es ihre Interesse sei, ihren ständig angestellten Beamten für den Fall der Erkrankung





ung einen Anspruch auf Gehalt oder anderer Bezüge im einmonatigen Betrag des Krankengeldes auf die Dauer von 26 Wochen zu gewährleisten.

Minister von Fleischhauer ist gegen die Annahme des Ausschusstrags. Die Art. 38-43 werden in der Fassung des Ausschusses mit der Resolution Roth angenommen.

Man kommt zu den Schluss- und Uebergangsbestimmungen. Ein Antrag der Abg. Siefel (Bk.) und Gen. betr. Aufnahme der Katastergeometer wird einstimmig angenommen.

Der Ausschuss beantragt hierzu folgende Resolution: „Die Regierung zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht schon vor der Vorlage des Vermarktungsgesetzes eine Regelung der Rechtsverhältnisse der Katastergeometer im Sinne der Anstellung derselben als Körperschafts- oder Staatsbeamten erfolgen könne.“ Die Resolution wird angenommen.

Angenommen wird auch der Antrag des Berichterstatters, daß das Gesetz am 1. April 1914 in Kraft treten soll, trotzdem von verschiedenen Seiten Bedenken über die Möglichkeit dieses Termins laut werden. Die Abstimmung über das ganze Gesetz wird zurückgestellt.

Berichterstatter Roth (Bk.) begründet sodann folgende Resolution: „Die Regierung zu ersuchen, eine Ergänzung der Gemeinde- und Bezirksordnung in der Richtung in die Wege zu leiten, daß die Körperschaftsbeamten und -Unterbeamten gegen Kündigung ohne wichtigen Grund einen ausreichenden Schutz erhalten, so zwar, daß diese Ergänzung möglichst gleichzeitig mit Verabschiedung des Körperschaftsgegesetzes zur Einführung gelangt.“

Abg. Rembold-Kalen (Z.): Jedenfalls muß das Selbstverwaltungsrecht im Rahmen von Recht und Billigkeit gehalten werden. Wir müssen hier dafür sorgen, daß die Anwendung des Selbstverwaltungsrechtes nicht gegen Recht und Billigkeit angewandt wird. Es ist eine ideale und wichtige Aufgabe der Gesetzgebung, alle Garantien dafür zu geben, daß das Wohl jedes Bürgers gegen Willkür gewahrt wird. Es müssen den Beamten gegen Mißgriffe ihrer Behörde Mittel an die Hand gegeben werden, sich zu wehren. Es darf keine ungerechtfertigte Schädigung der Beamten eintreten, die wesentliche staatliche Aufgaben zu vollziehen haben. Es wird von den beteiligten Kreisen sehr über Uebergriffe von Seiten der Behörden geklagt; es wird ihnen gekündigt, Gründe werden ihnen jedoch nicht angegeben. Es muß den Beamten der Weg des Beschwerderechtes offen gelassen werden, objektiv frei muß über beide Teile von höherer Instanz entschieden werden. Die Erhebung einer Statistik über die Fälle, in denen es zu einer ungerechtfertigten Kündigung gekommen ist, halte ich jedoch für sehr schwierig.

Abg. Baumann (N.): Ich stimme den Ausführungen des Abg. Rembold völlig bei. Ich kann mir nicht denken, wie diese Erhebungen angefaßt werden sollten. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es sich hier um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung handelt. Darüber ist kein Zweifel, daß durch die Bestimmungen über ungerechtfertigte Kündigung das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden beschränkt wird, aber es kommt hier vor allem darauf an, daß Auswüchse des Selbstverwaltungsrechtes beseitigt werden. Die Pensionsrechte der Beamten haben keinen Zweck, wenn die Beamten keine ausreichenden Garantien gegen ungerechtfertigte Behandlung erhalten. Wir werden Beschwerdeinstanzen zum Schutze der Beamten schaffen müssen, vielleicht durch einen Disziplinarhof für Körperschaftsbeamte. Ich möchte den Minister bei Annahme der Resolution bitten, die Konsequenzen zu ziehen.

Abg. Rattutat (S.): Hier kommen nicht nur die Interessen der Beamten, sondern auch der Schutz der Rechte der Gemeinden in Frage. Wir stehen auf dem Standpunkt der unbedingten Toleranz. Jedenfalls darf die politische Meinung eines Beamten keinen Grund zu einer Maßregelung bilden. Dann erhebt sich die Frage, in welcher Weise in die Selbstverwaltungsrechte eingegriffen werden soll, ein wesentlicher Eingriff darf nicht stattfinden. Die Organisation der Beamten können der Regierung ganz und mit dem notwendigen Material dienen. Die Prüfung würde sich dann nicht so schwierig gestalten, wie der Abg. Rembold meint. Ich glaube aber, daß die Fälle der Mißgriffe von Seiten der Behörden nicht so zahlreich sind. Wenn die Beschwerdeinstanz paritätisch aufgebaut wird, werden wir ihr zustimmen.

Abg. Dr. v. Wälberger (N.): Die Körperschaftsbeamten werden allen Anlaß haben, dem ihnen entgegengebrachten Wohlwollen von Seiten der Stände sich dankbar zu erweisen. Ich habe gegen beide Resolutionen die schwersten Bedenken, wir verlasten hier den Boden der Nüchternheit. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden wird hier von der empfindlichsten Seite getroffen. Wir müssen unterscheiden zwischen den beiden Begriffen Entlassung und Kündigung. Den Gemeindenverwaltung fehlt es nicht an Wohlwollen gegenüber den Beamten. Ich kann aus Erfahrung versichern, daß es zu den allerhöchsten Aufgaben eines Stadtvorstandes gehört, einem Beamten zu kündigen. Außerdem werden die Gemeinden durch diese Resolutionen auch in ihrem Wahlrecht beeinträchtigt werden. Der Antrag Rattutat betreffend die Statistik ist praktisch undurchführbar. Die Gemeinde wird sich hüten, irgend eine Kündigung als ungerechtfertigt zu bezeichnen. Es gibt heute in der Deffektivität genug Mittel, zu denen der Beamte greifen kann; da ist ein grasser Eingriff in die Rechte der Gemeinden nicht nötig.

Abg. Baumann (N.): Er habe sehr erhebliche Bedenken, sich heute schon so zu binden, wie das durch die Resolution geschehe. Bei der Gemeindeordnung sei man auf dem Standpunkt gestanden, durch die Anstellung der Ortsvorsteher auf Zeit deren Eifer anzuspornen. Derselben Gesichtspunkt habe man bei der Anstellung der Gemeindebeamten auf Zeit verfolgt. Es könne ja noch die Dauer der Anstellung und die Kündigungsfrist verlängert werden. Bis hinüber könne er mitgehen, weiter nicht und er bitte dringend, die Angelegenheit nochmals zu überlegen. Es sei nicht richtig, wegen verschwindender Fälle, das ganze bisherige System zu ändern. Es sei auch nicht richtig, den Begriff des wichtigen Grundes, der aus dem Handelsgesetz übernommen worden sei, auf die Körperschaftsbeamten zu übertragen. Wollte man das tun, müsse man eine Beschwerdeinstanz schaffen, durch die ein Dorn in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden gerückt werde. Auch werde die Nachwirkung auf die Beamten sehr ungünstig sein. Im Interesse der Einheitlichkeit und der Zentralisation des Verwaltungsgedankens sei das bisherige Verhältnis wünschenswert.

Minister v. Fleischhauer: Ich nehme Bezug auf meine bereits am 23. v. Mts. gemachten Ausführungen; damals stand ich mit meinen geäußerten Bedenken gegen die Resolution ziemlich allein, die heute eine so große Befähigung haben. Ich kann nicht in Aussicht stellen, daß bei der Verabschiedung dieses Gesetzes auch die gewünschte Änderung der Gewerbeordnung in Kraft treten kann, da das andere Haus sich ebenfalls schließt machen muß. Ich teile die Bedenken, die gegen den ersten Teil des Antrags Rattutat angeführt wurden.

Abg. Rembold-Kalen (Z.): Wir stehen hier auf dem Boden des öffentlichen Rechts; es handelt sich hier nicht um Gemeindeinteressen, sondern um allgemeine Interessen.

Abg. Andre (Z.): Ich begreife nicht, daß gegen das einmütige Vorgehen im Ausschuss, der sich für die Resolution ausspricht, heute Bedenken erhoben werden. Zur Klärung der Situation muß geiaht werden, daß hier das politische Moment eine große Rolle spielt.

Abg. Raier (N.): Ich kann der Resolution zustimmen unter der Bedingung, daß sie nicht dazu führt, daß, wenn wir die Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher abgeschafft haben, dafür die Lebenslänglichkeit der Beamten, die dem Ortsvorsteher untergeben sind, eingeführt und dafür die Disziplin untergraben.

Abg. Hausmann (Sp.) beantragt, die Resolution des Ausschusses dahin zu ändern, „eine Ergänzung der Gemeinde- und Bezirksordnung zu erwägen.“

Abg. Dr. Gartenstein (Sp.): Es handelt sich hier um keine politische Frage, sondern um eine zweckmäßige Ausgestaltung des Beamtenrechts und der Gemeindeverwaltung. Ich stimme aber dem Antrag Hausmann zu, weil er einen Ausweg aus der Angelegenheit bedeutet.

Abg. Rattutat (S.) weist die Vorwürfe des Abg. Andre als unberechtigt zurück.

Abg. Graf (Z.): Im Jahre 1911 haben sich die Sozialdemokraten auf dem Stuttgarter Rathaus gegen eine Gehaltsaufbesserung der städtischen Beamten und Unterbeamten ausgesprochen. Die Sozialdemokratie hat sich in der Bittingerdebatte eine Ueberstreichung der Polizeivorrichtung zu schulden kommen lassen.

Die Abstimmung wird auf Dienstag verschoben, ebenso die Abstimmung über die Resolutionen betreffend die Verbesserung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der Verwaltungsbeamten, an die sich keine Debatte knüpft. Um halb 2 Uhr wird abgebrochen. Nächste Sitzung Dienstag nachmittag 8 Uhr. Tagesordnung: Abstimmung über die Resolutionen, Landespolizeizentrale und Beförderungsberechtigten der Gemeinden und Amtskörperschaften.

Die Abgeordneten Schmidt-Bestheim (Dp.) und Haag (Bk.) haben folgende Anfrage an den Staatsminister des Innern gerichtet: „Bei der Unteranstellung der von der Regierung gewährten Geldmittel zur Bekämpfung von Krebschädlingen fällt sich eine größere Anzahl Wein- und Obstgärtner deshalb benachteiligt, weil sie für die nicht vom Ortsverein, sondern von Zwischenhändlern gegen Barzahlung bezogenen Bekämpfungsmittel keine Belege haben und infolge dessen der Beiträge verlustig gehen sollen. Die Unterzeichneten richten an den Minister des Innern die Anfrage, ob er geneigt ist, die Staatsbeiträge auch den Personen zuzuwenden, die ihre Einkäufe nicht durch besondere Rechnungen nachweisen können, deren Einkäufe aber durch von der Ortsbehörde angenommene und bestätigte Verzeichnisse als zutreffend bescheinigt sind.“ Die Antragssteller begnügen sich mit einer schriftlichen Antwort seitens des Ministers.

**Stk im württ. Postdienst.**

Die württ. Postverwaltung trägt sich mit dem Gedanken, nach dem Vorgang der anderen Postverwaltungen die Eher in ihren Dienst zu stellen. Bei der hohen Lage verschiedener württ. Gebiete, z. B. des Allgäu, Schwarzwalds, Heubergs und der rauhen Alb ließe sich damit in der Tat Winters viel zur Verbesserung der ohnehin beschränkten Landpostbedienung beitragen, namentlich im Oberland mit seinen weitverzweigten Gebieten.

**Das Verbot des Waffentragens.**

Bei den jüngsten Verhandlungen im Landtag anläßlich der Anfrage den Fall Wagner betreffend ist von allen Seiten ein Geheß gegen den Mißbrauch mit Waffen verlangt worden, es ist auch ein Reichsgesetz hierüber in Bearbeitung. Es dürfte daher interessieren, die heute geltenden einschlägigen Gesetzesbestimmungen kennen zu lernen. Unsere hauptsächlichsten Bestimmungen über diese Materie gehen zurück auf ein Gesetz aus dem Jahr 1853 über den Besitz und Gebrauch von Waffen und die Errichtung von Schützengesellschaften, von dem einige Artikel auf Grund des Art. 49 württ. Pol.-Strafgesetzes in Kraft geblieben sind.

Ein allgemeines Verbot des Tragens von Schusswaffen besteht nach Art. 5 des zitierten Gesetzes nur für Kinder und junge Leute unter 16 Jahren. Dieses Verbot wird aber eines guten Teils seiner Wirksamkeit wieder beraubt, da es hinsichtlich ist, wenn die Eltern oder Vormünder diesen Personen das Tragen von Schusswaffen erlauben. Ferner ist verboten, das herumführen auf Feldern und Wäldern mit Waffen außerhalb des Bezirks, in dem dem Beteiligten die Jagd gestattet ist, sowie das Mitführen von Waffen in Wirtschaften, wofür nicht der Zweck der Sicherung der Person und des Eigentums auf Reisen, oder die Ausübung der Jagd, oder die Teilnahme an öffentlichen Schießübungen, oder an Waffensübungen der Bürgerwachen für gefahrlose Aufbewahrung der Waffen besorgt zu sein. Endlich ist es nach dem Vereinsgesetz verboten, ohne polizeiliche Erlaubnis in öffentlichen Versammlungen und Auszügen Waffen mit sich zu führen. Von den Verboten des Waffentragens sind noch zu schreiben die Verbote des Schießens an bestimmten Orten und zu gewissen Zeiten. Nach §§ 367 Ziffer 8, 368 Ziffer 7 StGB. in Verbindung mit Art. 8 des cit. Gesetzes ist das Schießen ohne polizeiliche Erlaubnis verboten an bewohnten, oder von Menschen besuchten Orten, in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuergefährlichen Sachen, auf Staats- und Nachbarschaftsstraßen, sowie an Sonn- und Festtagen während des Gottesdienstes.

Daß diese äußerst lächerhaften Bestimmungen zum Schutz des Publikums vor dem immer mehr überhand nehmenden Unfug des Waffentragens und den daraus entspringenden Gefahren nicht gerignet sind, leuchtet ohne Weiteres ein, und es wäre daher dringend zu wünschen, daß hier möglichst bald und gründlich Abhilfe geschaffen wird.

**Stuttgart, 14. Febr.** Polizeidirektor Dr. Bittinger hat vor Ablauf seines Vertrages seine Kündigung eingereicht.

**Weinsberg, 16. Febr.** Als Kandidaten zu der am 28. Februar stattfindenden Stadtschultheißenwahl haben sich bis gestern gemeldet: Schultheiß Hiltwein in Untergruppenbach, Stadtschultheiß Hörger in Löwenstein und Ratschreiber Streiche-Weinsberg. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 493.

**Lauffen, 16. Febr.** Das württ. Portlandzementwerk stiftete dem hiesigen Krankenhaus den Betrag von 2000 Mark und erklärte sich bereit, die Beleuchtungsanlage und die Waschküche für elektrischen Betrieb unentgeltlich einzurichten.

**Reinick, 16. Febr.** Der 19jährige Bäder Friedrich Reiner aus Angenweiler, Gemeinde Spielberg, hat seinen Dienst bei einem Bädermeister in Heilbronn verlassen, ohne seinen Angehörigen

Nachricht über seinen ferneren Verbleib zukommen zu lassen. Die in Gehästel bei Rothenburg v. d. Tauber wohnenden Eltern befürchten, daß ihrem Sohn etwas zugefallen sei und haben deshalb das Oberamt Gerabronn gebeten, nach ihm zu forschen.

**Neutlingen, 16. Febr.** Die Landesversammlung der Jungliberalen Württembergs findet dieses Jahr am 22. März in Neutlingen statt.

**Nah und Fern.**

**Ein neuer Akt im Nord-Drama von San Remo.**

Heute nacht fand ein Nachwächter der Wach- und Schließgesellschaft in Stuttgart, im Hofe des Hauses Rotenbühlstraße Nr. 169 eine weibliche Leiche. Wie es sich herausstellte, ist die Tote die Mutter der in San Remo wegen Mords verhafteten Frau Longfield-Wolf. Die Frau hatte sich aus dem Fenster gestürzt.

**Der Zylinderhut als Raubfänger.**

In Erolzheim wurden einem Banern 700 Mark gestohlen, die er in einem Zylinderhut aufbewahrt hatte. Das Geld stammt aus dem Erlös von einem verkauften Ochsen.

**Eine böse Verwechslung.**

In der Wirtschaft und Bäckerei zur Sonne in Klein-gartach wollte sich am frühen Morgen der Bauer Bucher ein Schnapslein genehmigen. Die Tochter schenkte ihm aus versehen Bregelmlauge ein, an der sich der Mann innerlich schwer verbrannte. Er mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen und war einige Tage sehr übel dran.

**Liebesdrama.**

Bei Mülhausen hat sich der 36jährige Dienstknecht Josef Beck aus Haisertuch vom Zug abgehoben lassen. Die Lokomotive trennte ihm den Kopf vom Rumpfe. Er war sofort tot; Beck, der als geistig nicht ganz normal gilt, hatte vor der Tat eine Dienstmagd aus Eifersucht mit der Mistgabel lebensgefährlich verlegt.

**Selbstmord eines Offiziers.**

Am Freitag hat sich in Ulm ein Leutnant in dem Augenblick erschossen, als wegen Geldangelegenheiten seine Festnahme erfolgen sollte.

**Die abgesetzten Rasten.**

Anstatt der Auflage, die nicht vorchriftsmäßig gefesteten elektrischen Lichtmasten der Oberschwäbischen Ueberlandzentrale tiefer in den Boden einzugraben, nachzukommen, führten die Arbeiter die Rasten um 20-40 Zentimeter der unteren Längen ab, um schneller mit der Sache fertig zu sein und keinen größeren Lohnausfall zu haben. Die abgesetzten Stücke wurden aber in einem Henschuppen gefunden und dadurch kam der Betrug an den Tag. Es erwacht dem Affordanten aus dieser Arbeit ein empfindlicher Schaden, denn er mußte sämtliche beendeten Leitungsmasten neu liefern und nachsehen lassen.

**Tödlicher Stich.**

Aus Baiersfurt O. Ravensburg wird gemeldet: Samstag früh 4 Uhr gerieten die in der Papierfabrik beschäftigten Arbeiter Johannes Schmid und Otto Schmepler in Streit, während sie mit dem Umwecheln einer Papierrolle beschäftigt waren. Nach kurzem Wortwechsel folgten Tätlichkeiten, in deren Verlauf Schmepler den Schmid angeblich zu Boden warf. Nach Schmid's Angaben soll nun Schmepler eine Eisenstange ergriffen haben, sodas Schmid befürchtet habe, Schmepler wolle auf ihn los schlagen. Um ihm zuvorzukommen, set Schmid dann von hinten auf Schmepler einzufragen und habe ihm ein Messer ins Genick gestochen. Schmepler brach blutüberströmt zusammen und starb nach einer Stunde an Verblutung. Die Untersuchung der Leiche ergab, daß Schmid zwei heftige Stiche geführt hatte, die unter allen Umständen tödlich wirken mußten. Schmid wurde nach seiner Vernehmung verhaftet und im Ortsarrest untergebracht. Ueber die Personalien der Beteiligten erfahren wir nach folgendes: Der getötete Otto Schmepler wurde am 22. September 1892 in Schweinhausen O. Waldsee geboren. Der Täter Schmid stammt aus Tübingen, wo er am 15. Mai 1891 geboren wurde. Beide sind unterheiratet.

**Ein Raubmord.**

Bei Mülhausen (Elz) ist der frühere Gastwirt Gründner aus Dornach, Dirigent des Musikvereins von Tiedenheim, nachts auf dem Heimwege von einem noch unbekanntem Täter durch einen Revolvererschuß in die linke Brustseite getötet worden. Es liegt anscheinend Raubmord vor. Der Ermordete steht im Alter von 45 Jahren.

**Meine Nachrichten.**

In Grunbach bei Reichenburg ist das Wohnhaus des Bädermeisters Bohnenberger niedergebrannt. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

In Engwellingen wurde beim Auslegen des Treibriemens auf die Transmission im landwirtschaftlichen Betriebe der Witwe Trostel der verheiratete Fritz Raier, Vater von drei Kindern, vom Riemen erfasst und so festig zu Boden geschleudert, daß er sofort tot war. An derselben Stelle hat die Witwe Trostel vor ungefähr 10 Jahren ihren Mann verloren.

**Handel und Volkswirtschaft.**

**Der Heilbronner Bauverein m. b. H.**

erzielte im vergangenem Jahr einen Reingewinn von 56314 M. Hievon werden den Aktionären vertragsgemäß 4 Prozent überwiesen; der Reservefond erhält 2765 Mark, der Aufsichtsrat erhält 2855 M., Lantienern für Geschäftsführung und kolonialen Prozedern auszuweisen 3854 M. Verbleibende 21840 M. stehen zur Verfügung der Gesellschafterversammlung. Es wird beantragt, diese Summe, wie folgt zu verwenden: 6000 M. zur Erhöhung der Dividende auf 5 Proz., 5234,26 M. zur Ueberweisung an den Reservefond und restliche 10605,74 M. zur Erhöhung des Gewinnvortrags. Bei Annahme dieses Vorschlags gelangt eine Gesamtdividende von 5 Proz. zur Verteilung. Der Reservefond steigt auf 20000 M. und der Gewinnvortrag auf 19045,93 M. Die gesamten Reserven betragen alsdann 39045,93 M.

**Schlacht-Vieh-Markt Stuttgart, 14. Februar 1914.**

Großvieh:		Schweine:	
Zugtrieben	144	Rinder:	105
Erlös aus 1/2 Mts. Schlachtgewicht		Erlös aus 1/2 Mts. Schlachtgewicht	
Ochsen, 1. Qual., von — bis —	—	Rühe 2. Qual. n. — bis —	—
2. Qual. „ „ — „ —	—	3. Qual. „ „ — „ —	—
Kühen 1. Qual. „ 83 „ 87	—	Rinder 1. Qual. „ 106 „ 110	—
2. Qual. „ „ — „ —	—	2. Qual. „ „ 98 „ 104	—
Stiere u. Jungv. 1. „ 98 „ 98	—	3. Qual. „ „ 90 „ 97	—
2. Qual. „ „ 93 „ 95	—	Schweine 1. „ 68 „ 68	—
3. Qual. „ „ 91 „ 92	—	2. Qual. „ „ 63 „ 66	—
Rüh 1. Qual. „ „ — „ —	—	3. Qual. „ „ 57 „ 59	—

Verlauf des Marktes: möglich beliebt



**Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.**

**Wildbad, 17. Februar.** Die Zunahme der Tage ist eine Tatsache, die man jeden Tag erfreut von neuem konstatiert, wenn man immer später erst Licht machen muß. Es sind zwar für jeden Tag nur zwei Minuten, aber das macht von Mitte bis Ende Februar schon beinahe eine halbe Stunde aus. Es ist etwas ganz anderes als im Herbst, wo umgekehrt jeden Tag früher Licht gebraucht wird. Das ist denn auch der beste Beweis, daß die schlummernde Natur wieder zum neuen Leben erweckt wird.

**Calw, 17. Februar.** Der Gemeindeverband „Elektrizitätswerk Leinach-Station“ versorgt seit Herbst 1910 annähernd 100 Gemeinden und Teilgemeinden der Oberamtsbezirke Calw, Freudenstadt, Leonberg, Nagold und Neuenbürg mit Elektrizität. Diese wird in der Zentrale bei der Station Leinach mittels Sauggasmaschinen erzeugt, wiewohl schon bei Eröffnung des Verbands in Aussicht genommen war, die Nagoldwasserläufe zwischen Station Lalmühle und Station Leinach zur Gewinnung elektrischer Energie auszunutzen. Nachdem nun im Mai vor. Jahres mit den Arbeiten für eine solche Wasserkraftanlage begonnen worden, ist der Durchbruch der großen Stollenstrecke Station Leinach bis Rohlestal (etwa 1 1/2 Kilometer lang) am Samstag

erfolgt, was die Verbandsleitung veranlaßte, im Anschluß an eine Verwaltungsratsitzung im Verw.-Gebäude den Tag des Durchbruchs des Stollens mit den Beamten und Arbeitern festlich zu begehen. Der völlige Ausbau und die Inbetriebnahme der ganzen Wasserkraftanlage dürfte bis Oktober zu erwarten sein.

**Beste Nachrichten.**

**Karlsruhe, 16. Febr.** Am Donnerstag den 19. Febr. findet vormittags in der Kapelle des Palais des Prinzen Wilhelm von Baden eine Trauerfeier für die verstorbenen Prinzessin Wilhelm von Baden statt.

**Berlin, 17. Febr.** Die Witwe Klara Reinte aus Schöneberg, die sich eine Blutvergiftung an der rechten Hand zugezogen hatte, hat sich und ihre beiden 10 bzw. 12 Jahre alten Söhne vergiftet aus Furcht, daß man ihr die Hand amputieren würde.

**London, 17. Febr.** Das Reuter'sche Bureau erfährt, daß Prinz Wilhelm zu Wien nach London kommen werde, um König Georg seine Ehrerbietung zu bezeigen und sich mit Sir Edward Grey zu besprechen.

**Sydney, 17. Febr.** Infolge eines Ausstandes der Schlächtergehilfen sind in der Stadt und in den Vorstädten

die Schlächter ohne Fleischwaren. Eine Hungersnot hat begonnen. Die Restaurants sind nicht im Stande, frisches Fleisch zu beschaffen.

**Melbourne, 17. Febr.** In den Schlachthäusern der Stadt Melbourne haben 200 Schlächtergehilfen die Arbeit niedergelegt. Man macht sich für morgen auf einen ernstlichen Fleischmangel in Melbourne gefaßt.

**Gedankensplitter.**

Mehr gilt als der Erwerb, wie wir's erworben haben.



Druck und Verlag der E. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad, Tab.: G Reinhardt. Verantwortlich: G. Reinhardt baselstf.

**Bekanntmachung.**

Nachdem durch die Kgl. Verordnung betr. das polizeiliche Meldewesen vom 18. Dezember 1913 die bisherigen ortspolizeilichen Vorschriften betr. die An- und Abmeldung der Fremden am 1. Januar 1914 außer Kraft getreten sind, wurden vom Stadtoberamt mit Zustimmung des Gemeinderats vom 23. Januar 1914 und mit Vollziehbarkeitsklärung des Kgl. Oberamts vom 14. Februar ds. Js. folgende neuen ortspolizeilichen Vorschriften betreffend die An- und Abmeldung der durchreisenden Fremden und Kurgäste in der Stadt Wildbad mit den Parzellen Windhof, Sommerberg und Hochwiese

erlassen:

**§ 1.**

Sämtliche durchreisenden Fremden (Badegäste, Luftkurgäste, Geschäftsfreisende, Vergnügungsfreisende, Besuche usw.), welche in Gast- oder Privathäusern für Entgelt oder unentgeltlich Wohnung nehmen, sind von dem Wohnungsgeber bei dem Stadtschultheißenamt an- und abzumelden

**§ 2.**

Diese An- und Abmeldungen haben während der Badesaison (1. Mai bis 30. September) jeden Tag morgens längstens bis 9 Uhr und während der übrigen Zeit des Jahres spätestens bis morgens 11 Uhr bestgültig aller während des vorangegangenen Tages oder während der Nacht angekommenen, umgezogenen bzw. abgereisten Fremden zu geschehen.

**§ 3.**

Zu den An- und Abmeldungen werden besondere Zettel vom Stadtschultheißenamt unentgeltlich abgegeben und zwar: a) für Anmeldungen von über 2 Tage hier verweilenden Fremden von weißer Farbe, b) für Anmeldungen von nur bis zu 2 Tagen hier anwesenden Fremden von roter Farbe, c) für Anmeldungen von grüner Farbe. Erfolgt die Abreise oder der Umzug der unter b genannten Fremden vor erfolgter Anmeldung, so kann die Abmeldung mittelst eines Vermerks auf dem Anmeldezettel geschehen.

Für die Verwendung der richtigen Formulare und die genaue, deutliche, leserliche Ausfüllung der An- und Abmeldezettel ist der Wohnungsgeber strafrechtlich verantwortlich.

**§ 4.**

Versehlungen gegen diese Vorschriften werden auf Grund des Art. 15, Ziffer 2 des Polizeistrafgesetzes mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 8 Tagen geahndet.

Wildbad, den 16. Februar 1914.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Stadt Wildbad.

**Stammholz - Verkauf**

am Mittwoch, den 18. Februar 1914, vormittags 10 Uhr,

auf dem Rathaus in Wildbad im schriftlichen Aufstreich aus Stadtwald V Wanne, Abt. 10 f Tiefengrund

235 Stück forchene und tannene Langholz 1.—6 Kl. mit zus. 336,35 Fm.

35 Stück forchene und tannene Sägholz mit zusammen 36 01 Fm. 1.—3. Kl.

Stadtwald V Wanne, Abt. 6 f Buchplatte

85 Stück tannene Langholz 1.—6. Kl. mit zus. 135,72 Fm.

24 Stück tannene Sägholz 1.—3. Kl. mit zus. 22,45 Fm

Stadtwald III Sommerberg, Abt. 16 Lottbaumsteigle

62 Stück forchene und tannene Langholz 1.—6. Kl. mit zus. 114,78 Fm.

8 Stück forchene und tannene Sägholz 1.—3. Kl. mit zus. 6 25 Fm.

26 Stück forchene Langholz 4.—6. Kl. mit zus. 7,58 Fm.

1 Stück forchene Sägholz 2. Kl. mit 0,82 Fm.

Die verschlossenen, vom Bieter unterzeichneten, bedingungslosen, in ganzen und Behtelprozenten ausgedrückten Angebote mit der Aufschrift „Angebot auf Nadelholzstammholz“ wollen spätestens zu obgenannter Stunde dem Stadtschultheißenamt übergeben werden; der alsbald auf dem Rathaus hier erfolgende Öffnung können die Bieter anwohnen. Klaffeneinteilung und Lapppreise pro 1914; der Ausschlag ist zu 100 Prozent der Lapppreise angehängt.

Wildbad, den 10. Februar 1914.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

**Drucksachen**

aller Art, in feinsten Ausstattung ein- und mehrfarbig liefert

B. Hofmanns Buchdruckerei.



**Villa-Verkauf oder Vermietung.**

Das der Stadtgemeinde Wildbad gehörige Anwesen „Villa Waidmann“, 37 a 18 qm, ein 3stöck. Wohnhaus mit Garten im Badwald kommt am Samstag, den 28. Februar 1914, vormittags 11 Uhr,

auf dem Rathaus zur einmaligen öffentlichen Versteigerung. Bei Nichtzustandekommen eines Verkaufs erfolgt sofort anschließend die öffentliche Verpachtung des Anwesens. Die Auswahl unter den Bietern wird sich vorbehalten.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

**Liederkrantz Wildbad.**

Am Samstag, den 21. Februar 1914 abends 7 1/2 Uhr, findet wie seit mehreren Jahren der allgemein beliebte



**Scherz-Kranz**

in den Räumen des Gasthauses „Zur Eisenbahn“ statt, wozu unsere passionierten Mitglieder und Ehrenmitglieder hiermit einladen.

Antändige Masken haben freien Eintritt

Fremde können gegen 1 Mark Entree eingeführt werden

**Schuhwaren.**



Empfehle in großer Auswahl Herren-, Damen-, Kinder-Schuhe u. Stiefel von den einfachsten bis zu den feinsten in allen Formen und Preislagen Arbeiter-Haken- und Schuallenstiefel in prima Qualität. Jagd- und Touristenstiefel in allen Größen und Ausführungen. Gummigaloshen, Filz-, Haus- und Winterschuhe und Stiefel mit und ohne Lederbesatz und starken Ledersohlen. Kamelhaarische u. Schuallenstiefel. Ferner Einlegesohlen, Filzaufnähesohlen, feinste Schuhereme, Restel, schwarz und farbig usw. Aufertigung nach Maß, Reparaturen rasch, gut u. billig. Hochachtungsvoll



Germann Ruz jun., Rathausgasse.

**Karl Tubach**

empfiehlt sich zur Lieferung sämtlicher Kohlen, Koks, Eier- und Union-Briketts in nur erstklassiger Ware zu den billigsten Tagespreisen. Auf Wunsch werden dieselben bei billigster Berechnung ins Haus geliefert.

Ferner empfehle ich mich zur Lieferung von Fahrrädern u. Nähmaschinen zu den billigsten Preisen. Ersatzteile stets auf Lager.

**Coffeinfreien Kaffee**

fährt stets frisch am Lager

Robert Treiber.

NB. Durch günstige Abschlässe und großen Absatz bin ich in der Lage, meiner werthen Kundschaft stets gute, wohlschmeckende, frisch gebrannte Kaffees von 1.50 bis 2.— Mk. zu bieten und bitte ich um einen Versuch. D. D.

**Heute frisch eingetroffen Steinmeß- u. Sanitasbrot**

per Laib 30 Pfg. Pfannkuch u. Co.

**Prima frisch gewässerten Stockfisch**

das Pfund 25 Pfennig empfiehlt Hermann Ruhn.

**Wohnung,**

bestehend aus 2—3 Zimmern, ist zum 1. April zu vermieten. Zu erfragen in der Exped.

**Ein Mädchen**

im Alter von 16—17 Jahren wird auf sofort gesucht. [25] Zu erfragen in der Exped.

**Ein ordentlicher Junge**

wird unter günstigen Bedingungen in die Lehre genommen.

**Rudolf Pfan, Fleischermstr.**

Einen halben Morgen Acker samt Scheuer in der Bärenlinge gelegen ist zu verkaufen oder zu verpachten. Wer sagt die Exped. [18]

**2 Hochhaarmatratzen**

hat billig zu verkaufen. Wer sagt die Exped. [23]

**Millionen**

**Husten**

Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung, Krampf- u. Keuchhusten

**Kaiser's Brust-Caramellen**

mit den „3 Tannen“ 6100 not. begl. Zeugnisse von Ärzten und Privaten verbürgen den sicheren Erfolg. Keuchstichbekämpfende und wohlschmeckende Bonbons. Paket 25 Pfg., Dose 50 Pfg. zu haben bei

Dr. C. Mehger, Kgl. Hofapotheke Herrn. Erdmann vorm. H. Grundmann sowie in allen Apotheken.

**Evangel. Kirchenchor, Wildbad.**

Heute abend 8 Uhr Singstunde.

**Wegen vorgerückter Saison verlaufe sämtliche farbigen Winter-Mäntel**

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

**H. Schanz**

Damenkonfektion.

**Gesucht**

eine 3-Zimmer Wohnung

in guter Lage Wildbads, wenn möglich in der König-Karl-Straße, auf 1. April oder früher.

Off mit Preisangabe unter E. 2. 37 an die Expedition ds. Blattes.

**Weiss- und Rot-Weine**

(über die Straße) in verschiedenen Preislagen empfiehlt

Fr. Kessler.

**Neuheiten**

in Stoffen für Herrenanzüge

sowie sehr starke Halbtuche

soeben eingetroffen u. empfiehlt solche billigst

Rob. Riexinger.

**Frische bayrische Trinkeier**

empfiehlt Chr. Batt Wwe.

Bestimmen Sie nicht jetzt schon an die Bereitung Ihres Faustbrutes zu denken und verwenden Sie dazu nur



**Breisgauer Mostanfab**

Derselbe gibt ein gutes und billiges Ersatzgetränk für Obstwein und Most.

Niederlagen: Hermann Großmann, Pfannkuch & Co. Wildbad.

Consumverein Calmbach.

**Reisigbeisen**

Wildh. Rath.